



Christian Gollier

Ein einheitlicher europäischer CO₂-Preis als Schlüssel für die Transformation der Wirtschaft

Die Europäische Union hat sich das ehrgeizige Ziel gesteckt, innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte CO₂-neutral zu werden. Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Gewissheit sagen, wie sich die europäische Wirtschaft unter den aktuellen Umständen entwickeln wird. Unstrittig ist jedoch, dass zur Erreichung dieses Ziels tiefgreifende Veränderungen sowohl unserer Lebensweise als auch der Struktur des Wirtschaftskapitals (Industrie, Infrastruktur, Wohnungs- und Transportwesen) notwendig sind.

2018 schätzte die Europäische Kommission, dass der zusätzliche Investitionsbedarf hierfür in der EU für den Zeitraum von 2030 bis 2050 zwischen 175 und 290 Milliarden Euro pro Jahr betragen werde. Auf die öffentliche Hand werden in diesem Zusammenhang zwar zahlreiche Investitionen zukommen, den Großteil der Last wird aber die Privatwirtschaft schultern müssen und durch eine Erhöhung der relativen Preise für Waren und Dienstleistungen mit besonders hohem Energieverbrauch an die Haushalte weiterreichen. Ohne ein technologisches und wissenschaftliches Wunder, das die Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen kostengünstiger machen würde als die mittels fossiler Energieträger, sind diese Opfer im Interesse künftiger Generationen unausweichlich.

Die beste Klimapolitik besteht darin, die Verteilung des Kapitals in den europäischen Volkswirtschaften zugunsten CO₂-freier Technologien umzulenken – mithilfe der Signalwirkung eines CO₂-Preises, der nach und nach steigt und auf einem Niveau angesiedelt ist, das den ehrgeizigen Zielen der EU in diesem Bereich entspricht.

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) reformieren

Wie lässt sich dieser Übergang effizient, das heißt mit möglichst geringen Kosten für die EU-Bürgerinnen und -Bürger, gestalten? Zunächst ist festzuhalten, dass die Europäische Union die richtige Ebene für den Umgang mit dem Klima – zugleich Kernelement unseres Wohlstandes und globales Gemeingut – ist. Es wäre fatal, sich in einen Klimawettstreit zu stürzen oder in einen Wettlauf um den Titel des nationalen Umweltchampions, wie es in der Vergangenheit etwa im Photovoltaik- oder im Wasserstoffsektor der Fall war.

Darüber hinaus fällt auf, dass der Umfang des europäischen Konjunkturprogramms vermuten lässt, es liege einzig in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die notwendigen Investitionen zu tätigen – möglicherweise mittels sektoraler, staatlich gelenkter und finanzierter Investitionsprogramme. Die europäischen Politikerinnen und Politiker scheinen davon auszugehen, dass das langsame Voranschreiten des ökologischen Wandels Folge einer speziell die grünen Unternehmen betreffenden Kreditverknappung sei. Diese Annahme ist selbstverständlich unbegründet. Das Niveau der Zinssätze in Europa und die Höhe des Cashflows an den Finanzmärkten stützen eine gänzlich andere Hypothese.

Die Wahrheit ist, dass es auf dem Kontinent eine Vielzahl grüner Projekte gibt, die jedoch im Vergleich zu ihren CO₂-lastigen Konkurrenten unrentabel bleiben. Die europäische Klimapolitik muss kein Problem der Kapitalrationierung lösen, mit dem der Umweltsektor konfrontiert wäre. Sie muss sich

Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N°5, 31. März 2021

auseinandersetzen mit dem Problem fehlender Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors, das aus der Nicht-Berücksichtigung externer Klimaeffekte erwächst, welche die anderen Wirtschaftsbereiche uns aufbürden. Das gilt ebenso für die Wind- und Sonnenenergie (ohne Preis-Garantien durch Subventionen mit 20-jähriger Laufzeit) wie für den Transportsektor (Elektroautos, Schienenverkehr in Ländern mit CO₂-freier Stromerzeugung) oder das Wohnungswesen. Aus diesem Grund sollte Europa beginnen, einen einheitlichen CO₂-Preis für alle EU-Emissionen durchzusetzen, ganz gleich, ob sie auf dem Hoheitsgebiet der EU selbst ausgestoßen werden (durch den ETS-Mechanismus) oder anderswo (durch einen CO₂-Grenzausgleich).

Die EU ist wesentlich besser geeignet als jeder ihrer Mitgliedstaaten, die Anwendung des Verursacherprinzips durchzusetzen. Das EU-ETS muss dafür umfassend reformiert werden: durch die Ausweitung auf alle Sektoren und Importe (Grenzausgleich), durch die Abschaffung aller Befreiungen, durch ein Ende der Verteilung von Gratis-Zertifikaten, durch die Festsetzung eines nach und nach ansteigenden Mindestpreises und durch die Rückführung der »CO₂-Einnahmen« an die Bevölkerung – als Instrument zum Abbau sozialer Ungleichheiten.

Das Zwei-Grad-Ziel entspricht einer Beschränkung des globalen CO₂-Budgets auf 600 Gt CO₂. Diese Begrenzung ist verbunden mit einem monetären Wert des CO₂, der sukzessive ansteigen soll. Dessen Höhe ist so definiert, dass bei Umsetzung aller kostengünstigeren Maßnahmen das CO₂-Budget eingehalten wird und wir die Zwei-Grad-Marke nicht überschreiten. Wenn wir einen einheitlichen CO₂-Preis festsetzen, der diesem Wert entspricht, versetzt uns das prinzipiell in die Lage, diese Art der wirksamen Anrechnung von Klimabemühungen in unser liberales Wirtschaftssystem auszulagern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt müsste ein solcher Preis bei knapp unter 100 Euro pro Tonne CO₂ liegen und pro Jahr um 4–5% steigen.

Das Kapital im Interesse der Energiewende umlenken

Die öffentliche Meinung favorisiert eine Verbots- und Zwangspolitik im Bereich der privaten Investitionen, beispielsweise in den Sektoren Wohnen (Pflicht zur thermischen Sanierung, Verbot der Installation von Gasheizkesseln), Transport (Verbot von Verbrennungsmotoren binnen 15 Jahren) oder Strom (Verbot von Investitionen in gasbasierte Infrastrukturen, Kraftwerksschließungen). Auf der Ebene der Privathaushalte lässt sich eine solche Politik mit dem paternalistischen Argument eines mangelnden Verständnisses für die Auswirkungen einer künftigen CO₂-Preiserhöhung auf das eigene Budget rechtfertigen. Mit Blick auf die Unternehmen ist dies undenkbar. Bereits heute, bei einem Preis von über 35 Euro pro Tonne CO₂, ist allgemein ersichtlich, dass Erdgas der Kohle in Europa bei der Stromerzeugung den Rang ablauft. Der schwierige Prozess des deutschen Kohleausstiegs bis zum Jahr 2038 wird obsolet, weil die Märkte das Problem von selbst regeln werden. Die Staaten sind in der Pflicht, diesen für die Kohlereviere mit hohen sozialen Kosten verbundenen Übergang durch geeignete Maßnahmen zur Umwandlung von Arbeitsplätzen und einen supranationalen Solidaritätsmechanismus (Fonds für einen gerechten Übergang) zu gestalten.

Das gleiche Muster wiederholt sich beim Erdgas. Sollte man ein Verbot für Neuinvestitionen ab einem bestimmten Zeitpunkt ins Auge fassen? In Ermangelung der Fähigkeit, Strom zu speichern, wird Erdgas noch eine Zeit lang der fossile Zusatzbrennstoff sein, dessen man sich beim Ausbleiben von Wind oder Sonne bedienen kann. Wir sollten die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Erfindung von Strom-Massenspeichertechnologien in die Entwicklung des CO₂-Preises einfließen und die Industrie dieses unternehmerische Risiko selbst verwalten lassen. Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt sagen, wann ein Erdgas-Ausstieg sich für Europa als wünschenswert erweisen könnte. Von vornherein gesetzlich ein

Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N°5, 31. März 2021

Ausstiegsdatum festzulegen, wäre deshalb weitaus ineffizienter, als dieses Risiko auf die Stromakteure auszulagern. Die Investoren müssen in Kenntnis der Sachlage für diese Risiken einstehen. Es bedarf einer klaren Übereinkunft: die Bestrafung von Emissionen durch einen allmählich ansteigenden CO₂-Preis im Gegenzug für unternehmerische Freiheit und ein Verbot der staatlichen Rettung von Unternehmen, die Risiko-Investitionen getätigt haben.

Die Konjunkturprogramme müssen auf ihr eigentliches Ziel ausgerichtet bleiben: den Schutz der Unternehmen und Arbeitsplätze vor dem pandemiebedingten Übergangsschock und das Abfedern dieses Schocks durch eine gemeinsame Schuldenstrategie. Dies bedeutet, dass auch die umweltschädlichsten Sektoren gerettet werden müssen. Idealerweise sollten diese Pläne jedoch mit der Ankündigung eines einheitlichen europäischen CO₂-Mindestpreises und dessen Wachstumsrate kombiniert werden, damit Kapital in Technologien mit geringeren CO₂-Emissionswerten umgelenkt werden kann.

Auch auf den öffentlichen Sektor werden erhebliche Ausgaben zukommen, sowohl für die Ökologisierung der öffentlichen Infrastruktur (Schulen, Verwaltungen) und des öffentlichen Verkehrs als auch für die Unterstützung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung in ihrem Bemühen, die Innovationen hervorzubringen, die zur Erreichung der Klimaziele notwendig sind. Die öffentlichen Investitionen in diesem Bereich müssen einer ernst zu nehmenden sozioökonomischen Prüfung unterzogen werden, um sicherzustellen, dass nur solche Maßnahmen ergriffen werden, deren Preis pro vermiedener Tonne CO₂ geringer ist als der monetäre Wert des CO₂. Ein massives Subventionsprogramm für die grüne Forschung und Entwicklung (F&E) hat den entscheidenden Vorteil, Einfluss auf die Gesamtheit aller Akteure weltweit auszuüben, wenn die von ihnen entwickelten Innovationen die umweltfreundlichen Technologien in die Lage versetzen, unabhängig vom lokalen politischen Willen zur Bekämpfung des Klimawandels in Wettbewerb mit ihren fossilen Konkurrenten zu treten.

Fazit

Es besteht ein echter deutsch-französischer Konsens über die Notwendigkeit, die Energiewende mithilfe der Signalwirkung der ETS-Preisgestaltung zu steuern – in Kombination mit einzelnen gezielten europäischen Maßnahmen wie F&E-Förderprogrammen zu den aktuellen Herausforderungen auf den Gebieten der Stromspeicherung und der Mobilität. Einige wenige versuchen, den Klimawandel zu instrumentalisieren, um unser marktwirtschaftliches System zu Fall zu bringen. Sie lassen den Kalten Krieg wiederaufleben, um die Verdienste unseres Systems mit denen der Planwirtschaft zu vergleichen. Doch auch wenn der Klimawandel eine tödliche Bedrohung für unsere Zivilisation darstellt, bedarf er nur eines einzigen zusätzlichen Instruments: eines – freilich intensiv genutzten – CO₂-Preises. Indem er dem, was uns lieb und teuer ist, unserer Umwelt, einen Wert beimisst, bringt er die Vielzahl privater Interessen mit dem Allgemeinwohl in Einklang.

Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N°5, 31. März 2021

Der Autor

Christian Gollier ist ein belgischer Wirtschaftswissenschaftler. Er ist Leiter der Toulouse School of Economics (TSE), die er 2007 zusammen mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Jean Tirole gründete. Christian Gollier ist einer der Hauptautoren des 4. und 5. Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) und Vorsitzender der European Association of Environmental and Resource Economists (EAERE). Am 1. Juni 2020 trat er der Expertenkommission für die Beratung der französischen Regierung beim Wiederaufbau für die post-Corona-Zeit bei. Außerdem ist Christian Gollier Mitglied im deutsch-französischen Rat der Wirtschaftsexperten.

Die Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU« ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne im Rahmen des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise und der europäischen Konjunkturprogramme soll ein hochrangiger deutsch-französischer Dialog zu zentralen Herausforderungen des Green Deals gefördert und Empfehlungen zu damit verbundenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen entwickelt werden. Die Reihe erteilt führenden französischen und deutschen Expertinnen und Experten das Wort, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Zukunftsmodell der Europäischen Union zu skizzieren und ihre Handlungsfähigkeit als Akteur dieser ökologischen Transformation zu beleuchten.

Bisherige Publikationen

[N° 1: Interview mit Patrizia Nanz und Sébastien Treyer: Wege zu einer nachhaltigen Transformation: nicht nur top-down, sondern auch bottom-up](#)

[N° 2: Interview mit Yann Le Lann und Sabrina Zajak: »Fight Every Crisis«? Die Klimabewegung im Krisenmodus](#)

[N° 3: Interview mit Wolfgang Lemb und Philippe Portier: Strukturbrüche verhindern, Strukturwandel gestalten – neue Chancen für die Just Transition](#)

[N° 4: Barbara Praetorius: Eine mutige Klima-Industriepolitik als Schlüssel für den zukunftsfähigen Standort Europa](#)

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Am Schloss 1
D-14974 Genshagen
institut@stiftung-genshagen.de

Übersetzung aus dem Französischen

Juliane Seifert

Layout

mor-design.de

Redaktion

Stiftung Genshagen: Marie Augère, Elisabeth Hoffmann, Thomas Goujat-Gouttequillet und Pauline Zapke
Institut Montaigne: Alexandre Robinet-Borgomano und Anuchika Stanislaus

Die Stiftung Genshagen ist stets darum bemüht, auf eine gendergerechte Schreibweise zu achten. Um den Lesefluss nicht zu stören, wird bei Aufzählungen oder Aneinanderreihungen von Begriffen davon ausgegangen, dass das generische Maskulinum im geschlechtsneutralen Sinne verwendet wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog wird seit 2010 in Kooperation mit dem Pariser Institut Montaigne organisiert. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, müssen Deutschland und Frankreich in besonderem Maß Verantwortung für die Zukunft der EU übernehmen und an der Entwicklung gemeinsamer Strategien arbeiten. Das Genshagener Forum unterstützt diesen Prozess aktiv, indem es einen ergebnisorientierten Dialog und die Vernetzung von jungen Führungskräften beider Länder fördert. Die Teilnehmenden kommen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, gehören der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren an und werden aufgrund ihrer Expertise persönlich eingeladen.

#ForumGenshagen



Institut Montaigne

Das Institut Montaigne, gegründet im Jahr 2000 als unabhängiger Think-tank, ist eine Plattform für Reflektionen, Vorschläge und Experimente, die sich mit der staatlichen Politik in Frankreich und Europa beschäftigt. Durch seine Veröffentlichungen und die von ihm organisierten Veranstaltungen nimmt das Institut Montaigne eine aktive Rolle in der französischen und europäischen demokratischen Debatte wahr.

www.institutmontaigne.org

[@i_montaigne](#) [f @institutmontaigne](#)

INSTITUT
MONTAIGNE



Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«.

www.stiftung-genshagen.de

[@SGenshagen](#) [f @StiftungGenshagen](#) [@stiftunggenshagen](#)

 **Stiftung
Genshagen**

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Unsere Stifter:

